Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 123. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 27. Mai 1930. | 12. Jahrgang.

Mühsam über Berg und Hügel
Zieht der Mensch durch diese Welt.
Doch nimmt er des Glaubens Flügel,
Führt sein Weg zum Himmelszelt.
Martin Ulbrich.

Die neue Reparationsordnung.

Der Youngplan ist in Kraft getreten. Wenn auch die Mehrheit des deutschen Volkes der Ansicht ist, daß der neue Plan weniger schlecht ist als der Dawesplan, so hält doch wohl niemand die am 17. Mai in Kraft getretene neue Reparationslösung für ideal. Die Schuldendokumente früherer Reparationslösungen sind vernichtet worden. Es handelt sich um folgende: 1. Die nach dem Londoner Reparationsultimatum vom 5. 5. 1921 herausgegebenen Schuldzertifikate, Serie A, B u. C im Gesamtbetrage von 132 Milliard. Mark, 2. die Industrieschuldverschreibungen gemäß dem Dawesplan in Höhe von 5 Milliard. Mark und 3. die Reichsbahnschuldverschreibung gemäß dem Dawesplan von 11 Milliard. Mark. — Die deutschen Reparationsleistungen nach dem „neuen Plane" werden ohne ausdrückliche dingliche Sicherung geleistet werden. Als Unterlage der Verpflichtung hat die Reichsregierung bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel (B.J.Z.) Schuldscheine mit Koupons hinterlegt. Die Koupons sind in solche für ungeschützte und geschützte Zahlungen eingeteilt. Das Reich löst die Koupons durch Ueberweisung des betreffenden Betrages an die internationale Bank ein. Außerhalb dieser Ordnung bleibt lediglich Folgendes bestehen: a) die deutsche Reichsbahngesellschaft leistet jährlich aus eigenen Erträgen 660 Millionen Mark; b) die früheren verpfändeten Reichseinnahmen (Zölle und Verbrauchsabgaben) haften noch für die Zinsen und Tilgungsraten, welche das Reich für die sogenannte „Dawesanleihe" vom Jahre 1924 (800 Millionen Mark) zu zahlen hat. Aber diese letztgenannte Haftung hat im wesentlichen nur formelle Bedeutung. Deutschland hat die Verpflichtung übernehmen müssen, die früher verpfändeten Einnahmen nicht anderweitig zu verpfänden.

Das einzige Kontrollorgan für die Durchführung des neuen Reparationsplanes wird die Internationale Bank sein. Die bisherigen Kontrollorgane verschwinden. Zu diesen Organen gehören: 1. Die in Paris sitzende Reparationskommission. Sie ist auf Grund des Versailler Vertrages eingesetzt worden und bestand nur aus Vertretern der Gläubigermächte. 2. Der Reparationsagent Parker Gilbert, der in Berlin seinen Sitz hatte, und der die Durchführung des Dawesplanes zu überwachen hatte. 3. Die Treuhänder und Kommissare, die auf den einzelnen Gebieten (Reichsbahn, Industrieschuldverschreibungen, Reichsbank und verpfändete Reichseinnahmen) Kontrollbefugnisse ausübten. 4. Die Vertrauensleute der Gläubigerländer im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft und im Generalrat der Reichsbank. 5. Die Besatzung in den deutschen Westgebieten. — In der Bearbeitung der Reparationsfrage durch das Reich tritt keine Aenderung ein. Nach wie vor wird eine Abteilung des Reichsfinanzministeriums darüber wachen, daß die Reparationserfüllung keine Katastrophe für die deutsche Wirtschaft, die deutschen Finanzen und die deutsche Währung heraufbeschwört. Während sich früher die reparationspolitische Verpflichtung des Reiches darauf beschränkte, die fälligen Beträge in Reichsmark auf dem Reichsbankkonto des Generalagenten Parker Gilbert anzusammeln, wird künftig deutscherseits die Devisenbeschaffung und Devisenüberweisung an die Internationale Bank vorgenommen werden müssen. Die zuständige Reichsstelle wird genau prüfen müssen, welche Folgen die Reparationserfüllung hat. Ergeben sich ernste Schwierigkeiten, so hat sie der Reichsregierung gegebenenfalls die Inanspruchnahme des Ueberweisungsmoratoriums für den geschützten Teil der deutschen Jahresleistungen zu empfehlen oder anheimzugeben, bei der Internationalen Bank die Berufung des beratenden Sonderausschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und zur Ausarbeitung einer neuen Reparationslösung zu beantragen.

Dr. Croll.

Brief aus Baden.

Nicht ohne einen gewissen Stolz lasen wir die Bielefelder Rede von Prof. Dr. Hellpach auf dem dortigen Reichselterntag. Wir freuten uns über den Redner, der seit Jahrzehnten unser Landsmann geworden ist. Aber werden seine Worte auch zu denen dringen, die keine Aufwärtsleser und keine Bezieher des „Evangelischen Deutschland" sind?

Unser Landsmann sorgt selber, daß man seine Stimme in letzter Zeit zu hören bekommt. Seine Parteikritik, die er nicht nur durch Worte, sondern auch durch die Taten seines Rücktritts vollzog, findet bei uns ein offenes Ohr. Sein Zeitungsaufsatz „Entsumpfung und Urbarmachung im Parteienbruch" (Heidelberger Tageblatt Nr. 105) ist ein besonders vernehmliches Wort zu dem Ziel, neues Leben in die Parteien zu bringen oder gar das Wesen der Partei und der Parteien nach den heutigen Notwendigkeiten zu gestalten.

Um aber noch einmal auf Hellpachs Bielefelder Rede zurückzukommen: Mehr noch als die Parteien haben eben unsere Familien und Ehen eine Entsumpfung nötig, eine Urbarmachung, wenn man so will. Damit sie wieder das werden, oder gar erstmals das werden, was sie urtümlich und ursprünglich zu sein haben. Darum ist auch heute jede Geburt zu begrüßen, die gewollt und in der Ehe erfolgt.

Wie steht es aber in Baden auf dem Gebiet der Geburten? Das Jahr 1929 hat nur noch 45 616 Geburten gebracht. Soviel, wie seinerzeit das Jahr 1856. Noch waren es 1928 47 173, also noch 1 557 mehr. Während um die Jahrhundertwende jede unter 45 Jahren stehende Frau durchschnittlich drei Kinder hatte, hat sie heute nur noch 1,6 Kinder! Aus dem damaligen Dreikindersystem ist das Einkinder- und vielfach das Keinkindersystem geworden. Dazu starben 1929 auch mehr Badener als 1928. Nämlich mit 30 846 um 2 203 mehr als die 1928 gestorbenen 28 643. Und unter den zahlreicher Gestorbenen hat leider auch die Zahl der unter einem Jahr Stehenden sehr bedenklicherweise einen wachsenden Anteil, nämlich 7,8 gegen 7,5 v. H. im Jahre 1928. Wir bringen diese ausführlichen Zahlen als Beweis gegen die so oft geäußerten Bedenkenlosigkeiten und Entschuldigungen, wonach angeblich durch verringerte Sterblichkeit, auch der Kinder, die so weithin für bedeutungslos gehaltene Geburtenabnahme ausgeglichen werde. In Baden also trifft dies, wie hiermit gezeigt ist, nicht zu! Dabei steigen nach erklärlichen Schwankungen in den letzten Jahren die Eheschließungen stark an. Nur daß diesen Ehen eben leider ihre Erfüllungen vielfach versagt bleiben oder sich zumeist ihre Erfüllung selber versagen! Darum fordern wir Entsumpfung und Urbarmachung der Ehe!

Daß auf diesem Gebiet auch die Kirche nicht genug tun kann, neben der Heiligkeit des werdenden Lebens auch dem bereits gewordenen die Wege zu erleichtern, wissen wir alle. Auch die Kirche weiß hier ihre Pflicht und es geht nicht an, ihr ungerechterweise, wie das nur zu oft geschieht, etwa Pflichtvergessenheit vorzuwerfen. Nur fehlen ihr die Mittel, wie so oft, auch hier, das alles zu tun, was sie tun sollte und gewiß auch gerne tun möchte.

Wie schön auch könnten die großen christl. Kirchen hier Hand in Hand gehen. Das können sie aber, wie anderweitig, so auch hier, eben leider nicht. Es liegt an der ganz anderen Einstellung zum Leben und zu dem, was man Religion heißt. Noch wird im Katholizismus grundsätzlich das klösterliche Leben als das höhere gewertet, daher zu Welt, Leib, Irdischheit eine durchweg gebrochene Haltung eingenommen. Im Protestantismus fehlt es gewiß auch nicht an solcher Haltung, die eben schon durch das Neue Testament gegeben ist. Aber grundsätzlich heißt uns die evangelische Haltung, nicht vor der bösen Welt das Kloster aufzusuchen, sondern die Welt mit den Kräften Gottes zu durchdringen!

Das mag einem wieder einmal schier schaudernd zum Bewußtsein kommen, wird man, wenn auch nur mittelbar, Zeuge katholischer und evangelischer Veranstaltungen. Von jenen zuerst ein Bericht, nämlich von einer „Kinderfeier" im Kloster Neuburg vor den Toren Heidelbergs. Läßt sich eine sonst gar nicht katholische Zeitung, das Heidelberger Tageblatt, eines der größten Blätter Badens, u. a. allerdings von einer mir als mystisch verschwärmt bekannten Frau schreiben, was wir unten wiedergeben, so fragt man sich von vornherein: Was haben wir da noch viel an gemeinsamem Erbgut? Die Worte lauten:

„Draußen vor der Kirche ein fröhliches Wallfahrtstreiben, die Sonne meint es gut und der kleine Fischbrunnen an der Mauer war ständig von durstigen Mäulchen umgeben und hohle Händchen fingen begierig das Wasser auf. Um das kleine Lädchen war es dicht gedrängt. Heute gilt das Interesse den kleinen Heiligenbildchen, die zu billigem Preis hochwertige Kunst bieten, desgleichen die Statuetten — man kann sie ruhig expressionistisch nennen — aber nie überschreiten sie Geschmack und Würde. Neuerdings liefert die Abtei Maria-Laach Keramik mit altchristlichen Motiven, und der neuernannte Auto-Schutz-Heilige Christophorus auf den kleinen Plaketten für Wagen und Rad scheint mir wahrlich geschmackvoller als die gräulichen Fettische und Popanze amerikanisch-indianischen Ursprungs . . .

Droben in der Abtei ist's wieder still geworden; die Welle bürgerlichen Lebens, die da hinanbrandete, ist zurückgeebbt; durch die kühle Klosterkirche schwebt das ruhige Tagzeitengebet der Mönche. Alter, uralter Gebrauch! Heutzutage ist Tradition nicht mehr Mode, man will ganz von vorne anfangen, nirgends wurzeln, nirgends anknüpfen, und doch zieht dieses Alte, Unwandelbare des Klosterlebens die Menschen immer wieder an, läßt auch Nichtkatholiken da oben so gerne haltmachen und die Kinder und das einfache Volk, das nicht nach der Mode geht, fühlen hier etwas Altgewohntes wiederkehren, das schon die Altvordern liebten, die das Sprichwort prägten: ‚Unter dem Krummstab ist gut leben!'" — —

In gleicher Weise leben auch anderweitig in Baden die vom Fetischtum „amerikanisch-indianischen Ursprungs", richtiger: heidnisch-animistischen Ursprungs religionsgeschichtlich gar nicht so weit entfernten katholischen Bräuche wieder auf. In Neudenau, nahe der württemberger Grenze kam der „Gangolfsritt" zur hl. Gangolfsquelle wieder auf mit der damit verbundenen Weihe und Segnung von . . . Pferden! Im letzten Jahre nahmen über hundert Pferde daran teil! — Während im Jahre 1808 die damals „aufgeklärtere" katholische Kirche derartige Unsitten verboten hatte, ist man heute „sehr dafür". Begreiflicherweise! Nicht daß am Ende der Auto-Schutzheilige Christophorus über den ebenso heiligen Gangolf den Sieg erringe und gar auch in der Heiligenwelt die „Motorisierung" fortschreite wie zur Zeit auf der unheiligen Erde!

Da gibt es doch wirklich keine gemeinsame Losung für die beiden christlichen Kirchen! Schon aus diesem Grunde müssen wir Evangelischen immer wieder lebendige Gemeinden erstreben. Wir freuen uns aufrichtig, daß und wie dies der zu Pforzheim zusammengeführte Evangelische Gemeindetag dies Ende April getan hat. Können wir auch auf die einzelnen ganz vorzüglichen Darbietungen, nicht zuletzt auch auf die gelungenen Vorbereitungen durch die Festgemeinde nicht weiter eingehen, so empfand man bei all den wertvollen Vorträgen wieder einmal die Vielseitigkeit unserer evang. Kirche und freute sich dessen. Hier wehte keine Klosterluft. Hier strömten andere Quellen als die des Pferde- und Quellenheiligen Gangolf!

Darum ist es auch völlig abwegig, diese Eigenart der Evangelischen Kirche auch politisch nicht beachten zu wollen und etwa mit ihr ein gleiches Konkordat zu schließen, wie es gewiß die katholische Kirche mit dem Staate und der Staat mit der katholischen Kirche sehr bald schließen wird. War es schon immer nötig, dem auch in der Oeffentlichkeit Ausdruck zu geben, so hat der frühere Heidelberger, jetzt Erlanger Kirchenrechtsprofessor Dr. Liermann, der neben seiner Rechtswissenschaft auch ein evangelisches Herz besitzt, deutlich und vollständig getan. Er wählte dazu als Rahmen seiner Ausführungen über „Protestantenvertrag und Konkordat" eine öffentliche Tagung des Evangelischen Volksdienstes. Fragt sich nur, wird der heutige badische Staat in seiner bekannten unevangelischen Einstellung eine Rücksicht auf die evangelische Eigenart nehmen und die Parität diesmal so auslegen, wie sie allein sinngemäß und berechtigt ist: Jedem das Seine zu geben und nicht etwa blindlings allen das Gleiche (oder nicht einmal dies!).

Hierbei kommt — in Baden zumeist — auch die Schule stark in Frage. Unsere in der Hauptsache durchaus nicht kirchenfeindlich eingestellte Lehrerschaft wird ein wachsames Auge haben. Sieht man überhaupt auf ihre letzte Tagung und die dort geäußerten Wünsche, so kann man sich nur freuen, wie viel Liebe zur Schularbeit und zu den Kindern aus ihnen heraussprach. Aber auch wieviel Anerkennung und Würdigung der Zusammenarbeit mit dem Elternhaus! Mag der Außenstehende daneben noch immer über die gewünschte Lehrerbildung an der Hochschule anderer Meinung sein! Konnte bisher auch eine Reihe unvermögender Väter ihre Söhne auf billigem Wege Lehrer werden lassen und sie damit in eine angesehene Stellung bringen, so werden es hernach nunmehr auch hier wieder nur die besonders Bemittelten sein. Die so hochgepriesene „freie Bahn dem Tüchtigen" wird auf diese Weise wieder stark verrammelt. Ist die akademische Vorbildung wirklich die beste?

Sofern übrigens Heidelberg in Frage käme, so stellte der frühere Unterrichtsminister, der jetzige Landtagsabgeordnete Dr. Leers kürzlich in der Oeffentlichkeit fest, wie sehr der Landtag gerade dieser Hochschule die Mittel gekürzt habe. Freilich stehe es auch in Freiburg nicht

viel besser. So sind unsere Hochschulen zur Eingliederung neuer Zweige außerstande.

Heidelberg als Stadt geht es aber auch nicht anders. Seine neue Leitung mußte den Voranschlag für eine Fremdenstadt ungebührlich einschränken. Nächtliche Theaterkünste auf dem Schloß, wie seit einigen Jahren, werden wohl auf lange Sicht hinaus der Vergangenheit angehören. Bis auf weiteres wird auch das Stadttheater geschlossen. Und vieles andere mehr. Die Nachbarstadt Mannheim hat's ebenfalls nicht leichter. Vor allem klagt sie, wie übrigens zur Zeit alle Städte, gegen die einschränkenden städtefeindlichen Maßnahmen der Landesregierung. Dabei kann Mannheim auf die 25 Prozent des gesamten badischen Steueraufkommens pochen und erklärt im Zusammenhang damit: „Wenn erst einmal die Stadt Mannheim aus irgendwelchen Gründen etwa nicht mehr zum Lande Baden gehören sollte, dann würden dem Lande diese 25 v. H. alsbald entgehen." Ferner ist Mannheim eng mit der bayerischen Rheinpfalz verflochten. Es würde einer Zusammenlegung mit Württemberg nur zustimmen, käme damit auch die Pfalz „in das Geschäft mit herein". Die württembergisch-badische Verschmelzung hat damit wieder einen ihrer vielen Todesstöße erhalten!

Die badischen Handwerker haben auch ihre Nöte und tragen sie öffentlich vor. Das Amtsblatt der Badischen Handwerkskammern forderte schon rechtzeitig eine baldige Vergebung der diesjährigen Bauarbeiten. Es geht von den in Baden besonders hohen Erwerbslosenziffern aus und spricht dabei von einer verloren gegangenen Milliarde Mark an Kaufkraft, weil ohnehin eine Milliarde Arbeitsstunden infolge der zeitlichen Beschränkung der Bauarbeiten verloren gehen. Es ist etwas wahres an dieser Rechnung. Noch mehr leuchten die Forderungen ein, auch die möglichen Winterarbeiten nicht mehr und mehr zu vernachlässigen, auch sollten die städtischen Sparkassen ihre Spargelder hauptsächlich nur zur Belebung des Baumarktes ausleihen und nicht zu sehr für andere Zwecke. Auch wirke der nunmehr bis auf den 30. Juni 1932 verlängerte Mieterschutz ungünstig auf das Bauhandwerk. Auch das hat seine Richtigkeit. Unter den Badenern, die von der Welt schieden, steht in der vordersten Reihe die schwedische Königin, einst in Baden geboren und groß geworden. Eine tragische Kämpferin gegen schweres Leid, das man in Baden genauer kannte, als es in den Zeitungen zu lesen war und von dem zu sprechen man sich scheute! Eine Kämpferin gleichzeitig für ihr unvergessenes deutsches und badisches Volk, für das sie sorgte und mehr, besonders in der Kriegs- und Nachkriegszeit gab, abermals als viele wissen!

Ebenfalls starb als eine edle Kämpferin und tapfere Dulderin kurz nach ihrem 72. Geburtstag die einstige Führerin der Badischen Lehrerinnenschaft, Ottilie Klein in Wertheim. Auch sie war eine geborene Karlsruherin. Ihr reiches, gottgesegnetes Leben bleibt denen unvergessen, die sie haben kennen und ihr nahe treten dürfen.

Die Universität Heidelberg verlor in Professor Dr. Otto Cartellieri einen erst 58-jährigen Gelehrten, dessen Hauptgebiet die französische und die mittelalterliche Geschichte gewesen war, während mit Medizinalrat Dr. Georg Kerner in Rothaus im Schwarzwald ein Freiburger Ehrendoktor und das letzte Glied auf dem Dichterhause des Schwaben Justinus Kerner hochbetagt dahingegangen ist.

Ueberproduktion.

In Betrachtungen über die internationale Wirtschaftslage hört man immer häufiger das Wort „Ueberproduktion". Viele sind der Meinung, „Ueberproduktion" sei ein absoluter Begriff und bedeute eine Erzeugung, welche die Verbrauchskraft der lebenden Menschheit übertrifft. Im Gegensatz dazu muß festgestellt werden, daß Ueberproduktion ein relativer Begriff ist, der nicht an der Verbrauchsfähigkeit, sondern an der Kaufkraft der Menschheit gemessen wird. Es ist also begrifflich durchaus möglich, daß in einem Teile der Welt Menschen Hungers sterben, während in anderen Teilen der Welt unverkäufliche Nahrungsmittelmengen verderben. Der Kenner der internationalen Wirtschaft weiß, daß dies nicht nur begrifflich möglich ist, sondern tatsächlich passiert: Während in Amerika und Europa gewaltige Mengen Weizen und Roggen zugrunde gehen, rafft eine Hungersnot im fernen Osten Millionen Menschen dahin. Einer der wirksamsten Vorwürfe, die der Kommunismus gegen die „kapitalistische Wirtschaftsordnung" erhebt, ist der, daß sie es nicht verstehe, Erzeugung und Verbrauch in ein richtiges Gleichgewicht zueinander zu bringen, sondern daß sie eine Anarchie auf wirtschaftlichem Gebiete herbeiführe. Man wird diesem Vorwurf eine gewisse Berechtigung nicht absprechen können. Dagegen ist der Kommunismus weit davon entfernt, den Fehler des Kapitalismus zu vermeiden. Der russische Kommunismus hat sogar im eigenen Lande keinen Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch herbeizuführen vermocht und die Theorie, daß eine staatlich konzentrierte Produktions- und Konsumptionspolitik bessere Gewähr zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Anarchie böte, glänzend Lügen gestraft. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch die jetzt herrschende und sich augenscheinlich noch weiter verschärfende Ueberproduktion relativ ist. Das ist nicht nur auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung festzustellen. Auch auf dem Gebiet der Kapitalversorgung herrscht ein Mißverhältnis zwischen den vorhandenen Vorräten und der Fähigkeit der Kapitalinteressenten, dieses Kapital an sich zu ziehen. In Paris soll dem Vernehmen nach der auf Frankreich entfallende Anteil am Kapital der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Reparationsbank) 158 mal überzeichnet worden sein. Zu gleicher Zeit sind ganze Zweige der deutschen Wirtschaft unfähig, sich das Kapital zu verschaffen, dessen sie zur Weiterführung der bisherigen Produktion bedürfen.

Wir leben in der Zeit der internationalen Verständigung auf allen Gebieten der Politik — auch der Wirtschaftspolitik. Allerdings hat es bisher in der Hauptsache bei Versuchen zu einer solchen Verständigung sein Bewenden gehabt. Es gibt alle erdenklichen Kongresse, auf denen die Gemeinsamkeit aller Völker an bestimmten wirtschaftlichen Fragen verkündet und in Resolutionen gekleidet wird. Nur mit der wichtigsten Wirtschaftsfrage — einer Verständigung über Produktion und Absatz — beschäftigt man sich nur sehr vorsichtig. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß jeder Staat und jedes Volk für sich eine bessere Basis erringen möchte, auf der dann die Produktions- und Absatzquoten verteilt werden. Die einzige internationale Produktions- und Absatzverständigung ist der vor einigen Jahren abgeschlossene Eisenpakt gewesen. Völlige Anarchie herrscht aber z. B. auf dem Gebiete der Nahrungsmittelerzeugung und überhaupt auf dem der landwirtschaftlichen Produktion und auf dem großen Gebiete der Förderung industrieller Rohstoffe. Nicht einmal in dem gleichen Lande arbeiten die verschiedenen Wirtschaftszweige so eng zusammen, daß sie sich gegenseitig alle mögliche Unterstützung gewähren. Ein Beschluß, den das Reichskabinett Anfang dieser Woche gefaßt hat, hat einen besseren Ausgleich der verschiedenen Wirtschaftszweige untereinander zum Gegenstand. Es sollte in einem modernen Wirtschaftsstaat eigentlich selbstverständlich sein, daß die großen öffentlichen und halböffentlichen Unternehmungen ihre Bestellungen in derjenigen Zeit erteilen, in der die private Bestellertätigkeit stockt. — Schon oft ist die Not die beste Lehrmeisterin gewesen. Es ist sehr wohl möglich, daß eine verschärfte Zunahme des Mißverhältnisses zwischen Erzeugung und Verbrauch — also eine verstärkte „Ueberproduktion", — die Wirtschaftsvölker der Erde veranlaßt, in einen Meinungsaustausch über Produktionseinschränkung und Absatzverteilung einzutreten.

Arbeitslosigkeit und Reichswirtschaftsrat.

Dem Vorstand des vorl. Reichswirtschaftsrats ist ein Antrag Baltrusch—Kreil zugegangen, der ihn ersucht, einen Arbeitsausschuß, bestehend aus Mitgliedern der 3 Hauptausschüsse, zu bilden, der umgehend die Frage prüfen soll: „Was kann geschehen, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden?" In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden Ende April noch immer 2 791 000 betrug und daß diese Ziffer um 1 080 000 höherliegt als um dieselbe Zeit des Vorjahres. An Hauptunterstützungsempfängern wurden bei beiden Unterstützungsarten (Arbeitslosen- und Krisenunterstützung) Ende April 2 081 000 gezählt, das sind rund 757 000 mehr, als Ende April 1929. Es heißt dann weiter in der Begründung: „Diese gefährliche wirtschaftliche Entwicklung scheint nicht allein in der „schlechten Konjunktur" begründet zu sein, sondern es spielen sicherlich eine Reihe anderer Gründe und Hemmungen eine Rolle, an deren Beseitigung die Gesamtwirtschaft ein dringendes Interesse hat." Zum Schluß geben die Antragsteller der Ansicht Ausdruck, daß es Sache und Aufgabe des Reichswirtschaftsrats ist, die einschlägigen Fragen zu klären und geeignete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu machen.

Diesem Antrag wurden die in der Frühjahrssitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften diskutierten Richtlinien zur Hebung der Wirtschaftslage und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gleichzeitig beigefügt. Sie sollen mit eine Grundlage für die Aussprache im Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats bilden. Die Gefahr und der Schaden der Riesenarbeitslosigkeit sind so groß, daß Mittel zu ihrer Behebung unbedingt gefunden und eingesetzt werden müssen.

Agrarpolitische Aufgaben.

Von **Reichsminister Dr. Schiele.**

Als die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft ihre erste Ausstellung in Köln veranstaltete, — ihre nächste beginnt am 27. Mai — befand sich die deutsche Landwirtschaft gleichfalls in einer Krise, die freilich das bedenkliche Ausmaß der jetzigen nicht entfernt erreichte. Damals war es der Druck der überseeischen Massenproduktion, der den Getreidebau zu vernichten drohte. Durch Schutzmaßnahmen in Verbindung

Aus der evangelisch-lutherischen Kirche in Altpreußen.

Am 21. und 22. Mai tagte in Essen die Synode der rheinisch-westfälischen Diözese. Ihr ging tags zuvor eine Pastoralkonferenz voraus. Eröffnet wurde sie mit einem feierlichen Gottesdienst in der evangelisch-lutherischen Kirche am Moltkeplatz; Pastor Schulz-Düsseldorf predigte vor einer zahlreichen Gemeinde über Joh. 14, 6; es war ein starkes Zeugnis für Christus, den Weg, die Wahrheit und das Leben der Kirche. Die Synodalverhandlungen, an denen außer der Pastorenschaft die Deputierten der Gemeinden Westfalens, des Rheinlandes einschließlich Saargebiet, Nassaus, bis hin zur Schweiz, teilnahmen, fanden im Saal des evangelischen Vereinshauses statt und wurden in Anwesenheit zahlreicher Zuhörer aus den benachbarten Gemeinden mit einem interessanten Bericht des Superintendenten Ziemer aus Essen über das Leben in der weitgedehnten Diözese eröffnet. Zur Beschlußfassung und Vorberatung für die demnächst in Breslau stattfindende Generalsynode standen einige Anträge und Vorlagen, die sich auf die Verfassung, die Förderung des geistigen Lebens und die Abstellung von Schäden, die auch die Kirche berühren, bezogen. Der Antrag für Schaffung des Bischofsamtes fand nicht die genügende Mehrheit, doch wurde vorgeschlagen, den bisherigen Direktor des Oberkirchenkollegiums fortan Oberkirchenrat zu nennen. Auch Neueinführung eines Pfarrgehilfsinnenamtes wurde nicht genügend befürwortet. Die Finanzgebarung der Kirche soll auch fernerhin auf der Grundlage der Freiwilligkeit erfolgen. Mit großem Ernst wurde die heute so dringende Frage der Trinkerrettung und die sexuelle Not in ihrer mannigfaltigen Auswirkung auf die heranwachsende Jugend und das Familienleben behandelt. Ein gut besuchter Gemeindeabend vereinigte die Essener Gemeinde mit den Synodalen. Nach einem herzlichen Begrüßungswort von Superintendent Ziemer sprachen Pastor Greve, Bochum-Hamme, Jugendpfarrer Lic. Srocka aus Mühlhausen und Kirchenrat Schubert aus Düsseldorf in fesselnder Weise über die christliche Familie, gesegnetes Jugendleben, die Vierjahrhundertfeier der Augsburgischen Konfession und die nahe bevorstehende Jahrhundertfeier der Errettung der (nicht unierten) evangelisch-lutherischen Kirche in Preußen. Posaunen- und Kirchenchor der Essener Gemeinde verschönte durch künstlerische Darbietungen den Gemeindeabend. Die segensreiche Tagung mit ihren in großer Einmütigkeit geführten Verhandlungen dürfte in den Herzen aller Teilnehmer einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben.

Wenn die Sonne über die Maienpracht der Alpenwiesen leuchtet.

Kein immerfroher Mai, der wie ein blondes, blauäugiges Kind mit Lachen und Singen von einem Tag in den andern hüpft. Nein, ein stürmischer Jüngling. Kampf sein Zeichen. Kampf gegen wogende Wolkenwände, kalte Winde, tosende Wetter, Regen und Hagel.

Aber gerade darum voll Kraft, voll Leben. Und wie kann sein Gesicht jubeln, wenn nach siegreicher Schlacht Wolken und Wetter weit in die Ferne getrieben sind auf lange Stunden, auf Tage!

Dann schweift das Auge hinunter von der Höhe über die gegen Morgen und Mittag ins Tal absteigenden Hänge, schwelgend im goldenen Zauber der Bergwiesen. Im Sonnenglanz ein Grünen, ein Blühen, ein Leuchten von Lichtern und Farben, eine bunte Mannigfaltigkeit und doch eine wunderbare Einheit, alles an seinem Platz, festgewurzelt im Heimatboden, aus ihm heraus geboren im Lichte von oben: Hier eine sich weit ausbreitende ländliche Gemeinde von Berggänseblümchen, in Größe und Schönheit von Tausendschönchen, in schneeigem Weiß und noch mehr in tieferem Rot der Rosen, daneben eine große weithin gelb leuchtende Ortschaft schlichter gelber Maiblumen, mit breiten Blüten, hier und da zerstreut, aber immer in festen Gruppen, jungschöner, von feinblauen sternblütigen kleinen Enzianen, denen rundum und durch die Reihen hindurch in den großen Enzianen mit Kelchblüten von satterem Blau ein Führergeschlecht heranwächst, dicht dabei größere und kleinere Familien von Trollblumen mit gelbleuchtenden runden Köpfen und violettroten, zartstieligen Bergprimeln (vielfach Mehlprimeln genannt), in stillem Wettbewerb mit Gruppen von Pechnelken, wilden Stiefmütterchen, Margueriten und dergl. An feuchten Stellen und Gräben lange Kolonien von Sumpfdotter mit auffallend großen rotgelb leuchtenden Blüten, an die Jugendvereine von licht- und tiefblauen Vergißmeinnicht Anschluß suchen. An Stegen und Straßen Sippen blühender Schlehdornhecken, Frauengruppen hellgrün verschleierter Birken und Kleinsiedelungen von Buchen und Erlen mit frischgrünem Gezweig und duftigen Tannen mit saftstrotzenden frischen Trieben. Und aus dem sonnendurchleuchteten Tale herauf grüßt ein segenverheißender Brautzug blühender Obstbäume. Auf einer das Ganze beherrschenden Anhöhe ein alter Eichbaum mit sturmzerbrochener Krone und blitzzerrissenem Stamm, die Wurzeln bloßgelegt und trocken, aber noch stark und fest verankert im Schoß der Erde, an den verkrüppelten dürren Zweigen hier und da noch alte sturmzermürbte welke Blätter, die in zäher Treue am alten Stamm festhalten.

Und doch. Auch in dem alten Stamm glühen noch Lebenssäfte. Und an der Sonne zugänglichen Stellen wagen sich neue junge Triebe ans Licht der Welt. Auch hier wirkliches Leben!

Und aus dem tiefen Schweigen der Schöpfung ein mahnendes Künden:

Leben heißt herausgeboren sein aus dem Schoße der Erde, aus dem Schoße der Völker im Lichte von oben als schöpferisch gewollt, in schöpferisch gewollter Zusammengehörigkeit, in schöpferisch gewollter Ordnung mit dazu geborenen, schöpferisch gewollten Kräften als Führer.

Was nicht so geboren, so gewachsen ist, was erdacht, mit toten Zahlen errechnet, was gemacht ist, sei es mit noch so viel Menschenwitz und Menschenverstand in Werk-, Kunst- und Schreibstätten aller Art, mit Mitteln aller Art, hat niemals wirkliches Leben.

Der mit feinster Kunst und Technik gemachte selbsttätige Mensch, das noch so grüblerisch am grünen Tisch zurechtgedachte, zurechtgerechnete und mit Tinte und Feder auf bestes Papier oder Pergament zurechtgeschriebene Volksgebilde wird immer nur die Form eines Menschen, die Form eines Staates haben, wird aber nie sein ein Mensch mit eigenem wirklichen Leben, ein Staat mit eigenem wirklichen Leben!

Und die alte Eiche auf der Anhöhe hat es vernommen. Die letzten alten treuen Blätter neigen sich tief. Sie wissen, sie müssen auch dahin. Aber sie wissen auch:

Es kommt die Zeit, daß am alten Stamm der deutschen Kaiser-Reich-Eiche, weil sie herausgeboren ist im Licht von oben aus dem Schoße des deutschen Volkes die Risse sich schließen und neue starke Zweige mit frischen grünen Blättern herauswachsen werden, um ihn mit einer neuen machtvollen Krone zu schmücken zum Schutz und Heile des heißgeliebten schönen deutschen Vaterlandes.

O komm herbei, des dritten Reiches Mai!

O. H.

mit intensiver Wirtschaftsweise wurde der Krise begegnet. Auch heute steht die inländische Erzeugung wieder unter dem Druck einer billig produzierenden Ueberproduktion namentlich in den Ueberseeländern. Diese beschränkt sich aber nicht allein auf die pflanzlichen Erzeugnisse der Viehhaltung. Dazu treten spezifisch innerwirtschaftliche Ursachen, die mit unseren drückenden Lasten, wie Tributleistungen, Steuern und hohe Zinsen, zusammenhängen. Neben der Abwehr der billigen Auslandskonkurrenz liegt das Problem heute insbesondere in der zweckmäßigen Gestaltung der Absatzverhältnisse im Inland.

Durch das Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft sind gewisse unentbehrliche Grundlagen für die Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft gegeben worden. Diese ist aber in der Landwirtschaft ebenso wie bei den anderen Wirtschaftszweigen entscheidend für die Aufrechterhaltung und Fortführung der Betriebe. Weitere Maßnahmen werden folgen müssen. Die staatlichen Maßnahmen jedoch können nur den Weg für tatkräftige und zielbewußte Selbsthilfe des Landwirts freimachen, ohne die auf die Dauer ein Erfolg nicht erreicht werden kann. Diese Selbsthilfe, an der es trotz gegenteiliger Behauptungen und unter Berücksichtigung der schwierigen Kapitalverhältnisse in der Landwirtschaft keinesfalls fehlt, anzuregen und in die richtigen Bahnen zu lenken, sind Ausstellungen in besonderem Grade berufen.

Ich denke hierbei für die Zukunft an die Ausdehnung des Weizenbaues an Stelle des Roggenbaues auf allen dafür geeigneten Böden. Nach sachverständigen Urteilen sind im Westen des Reiches noch erhebliche Umstellungsmöglichkeiten in dieser Richtung vorhanden, die neben der Einschränkung der Futtergetreideeinfuhr und der stärkeren Verfütterung des Roggens von entscheidender Bedeutung für die Lösung der Roggenkrise werden und auch die Kartoffelverwertung günstig beeinflussen können. Roggen und Kartoffeln aber sind die Hauptfrüchte der leichten Böden des deutschen Ostens. Nur wenn es gelingt, ihre entsprechende Verwertung sicherzustellen, und die großen, etwa 400 bis 500 Millionen Reichsmark jährlich betragenden Verluste zu vermeiden, die die östliche Landwirtschaft durch die mangelhafte Verwertung ihrer Erzeugnisse erleidet, ist das Problem des deutschen Ostens zu lösen.

Die städtische Bevölkerung wird erkennen müssen, daß die Sicherstellung ihrer Lebenshaltung auf dem unentwegten Fleiß der Landbevölkerung beruht und wie die landwirtschaftlichen Organisationen und der einzelne Landwirt bemüht sind, die noch vielfach ungeregelte Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen so einzurichten, daß nur Ware von einwandfreier Beschaffenheit und in sachgemäßer Aufmachung und Verpackung auf den Markt kommt.

Der Bauer und seine Angehörigen stehen täglich in schwerster Arbeit. Sie schaffen von morgens bis abends. Für sie gibt es keine Begrenzung der Arbeitszeit. Bei dem niedrigen Preisstand der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, der pflanzlichen wie der tierischen, ist ihre Arbeit ein stetes Ringen um Erhaltung des Besitzes und der Existenz. In Liebe zur heimatlichen Scholle und zum ererbten Beruf begnügen sie sich mit einer Arbeitsentschädigung, die vielfach unter dem Lohn des Industriearbeiters liegt.

Möge die 36. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not, aber auch im Jahre der Befreiung des deutschen Rheins in der Hauptstadt des Rheinlandes veranstaltet wird, das Gefühl der Verbundenheit aller schaffenden Stände in Stadt und Land stärken. Möge die Ausstellung zu ihrem Teile helfen, den Wendepunkt in der Krise der Landwirtschaft herbeizuführen. Gelingt es, die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen, so wird von ihr eine belebende Kraft auf alle anderen Wirtschaftszweige ausgehen.

Länderkonferenz einberufen.

Wegen der Frage der Polizeizuschüsse. — Staatsgerichtshof-Entscheidung über die Schulgebete.

— Berlin, 26. Mai.

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat in der Frage der Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeioffizieren in Thüringen ein neues Schreiben an den Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums gerichtet und gleichzeitig zur grundsätzlichen Klärung der Frage der Reichspolizeizuschüsse für Mittwoch eine Länderkonferenz nach Berlin einberufen. An dieser Konferenz nehmen die Innenminister sämtlicher deutschen Länder teil.

Das neue Schreiben des Innenministers an Thüringen, von dem eine Abschrift auch den Innenministern der übrigen deutschen Länder übersandt worden ist, lautet im wesentlichen:

„Die Frage, ob Angehörige der Nationalsozialistischen Partei überhaupt Beamte sein können, kann ich vorerst unerörtert lassen, da ich der Auffassung bin, daß die Einstellung von Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei in die Polizei den mit den Ländern vereinbarten Grundsätzen für die Gewährung eines Reichszuschusses für polizeiliche Zwecke widerspricht.

Die Ziffer VI dieser Grundsätze hebt ausdrücklich hervor, daß die Länder verpflichtet sind, geeignete Maßnahmen dahin zu treffen, daß der unpolitische Charakter der Schutzpolizei als ganzes wie auch das unpolitische Verhalten des einzelnen Beamten im Dienst unbedingt gewährleistet ist.

Diese Voraussetzung für die Gewährung der Reichszuschüsse ist in der wohlerwogenen Absicht aufgestellt, in der Schutzpolizei ein unbedingt verfassungstreues und zuverlässiges Instrument der republikanischen Staatsgewalt zu haben.

Dies gilt nicht allein für die Länder, sondern mit Rücksicht auf Ziffer II, Nummer 4 der Grundsätze auch für die Bereitstellung polizeilicher Hilfe für das Reich. Die Verhältnisse liegen in dieser Beziehung nicht anders, als bei der Reichswehr.

Es widerspricht hiernach meines Erachtens der in Ziffer VI der Richtlinien aufgestellten Forderung, wenn in Weimar die Polizeidirektorenstelle mit einem Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei besetzt und ihm überdies ein der gleichen Partei angehörender Regierungsrat beigegeben wird. Für mich steht es zweifellos fest, daß nach eindeutigem Wortlaut der Ziffer VI der Grundsätze das beabsichtigte Vorgehen Thüringens die mehrfach erwähnten Grundsätze verletzt.

Die zweite Streitfrage zwischen Reich und Thüringen, die Schulgebetsverordnung des thüringischen Innenministers Dr. Frick bildete den Gegenstand einer Kabinettsberatung in Weimar. Wie verlautet, wurde eine Zurückziehung der Verordnung abgelehnt. Reichsinnenminister Dr. Wirth hatte für diesen Fall die Anrufung des Staatsgerichtshofs angekündigt.

Räumungs-Amnestie beschlossen.

Vom Ausschuß, mit 16 gegen 11 Stimmen. — Einbeziehung der Feme-Verurteilten.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit den Anträgen auf Erlaß einer Amnestie aus Anlaß der Räumung des Rheinlandes.

Mit 16 gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde bei Stimmenthaltung des Vertreters der Bayerischen Volkspartei ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der das letzte Straferlaßgesetz vom Juli 1928 ausdehnen will auf alle politischen Verbrechen, die vor dem 1. September 1924 begangen worden sind, sofern sie sich nicht gegen ein Mitglied oder ein früheres Mitglied der Reichsregierung richteten. Die in den Femeprozessen Verurteilten werden in die Amnestie einbezogen.

Die Amnestieanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten wurden abgelehnt.

Vor der Abstimmung hatte nochmals Reichsjustizminister Dr. Bredt das Wort genommen, um die Haltung der Reichsregierung darzulegen. Er führte aus, wenn man auch wegen der vielen Amnestierungen in den letzten Jahren große Bedenken haben könne, so müsse man doch anerkennen, daß es sich bei den Femetötungen von 1924 um ganz besondere Umstände handele. Die Femetaten seien nur zu verstehen aus der Mentalität einer Zeit, die hoffentlich niemals wiederkehren werde. Eine Amnestierung auch der Femeverurteilten aus Anlaß der Rheinlandräumung erscheine der Regierung daher tragbar.

Reichstag dankt dem Rheinland

und protestiert gegen die Entmilitarisierung und die Verschleppung der Saarlösung.

— Berlin, 26. Mai.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags genehmigte in Fortgang seiner Etatsarbeiten den Haushaltsplan des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete. Dabei wurde folgende Entschließung angenommen:

„Mit dem Dank, den das deutsche Volk den Rheinländern für die in 11 schweren Jahren bewährte Treue und die unermeßlichen Opfer schuldet, ist der Schmerz darüber verbunden, daß die neutralisierten Zonen nach der Bestimmung des Versailler Vertrages durch die einseitige Entmilitarisierung weiterhin minderen Rechts bleibt und daß das Saargebiet noch nicht seinem Mutterlande zurückgegeben ist.

Diesen Tatsachen entsprechend hegt der Reichstag den Wunsch, daß die Befreiungsfeierlichkeiten am Rhein in ernster, würdiger Weise sich der schweren Lage des deutschen Vaterlandes anpassen mögen. Die Regierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß statt gastreicher Vereins- und Organisationsfeiern nur eine einzige würdige Feier in den befreiten Gebieten stattfinde."

In der vorangegangenen Debatte protestierten die Redner aufs schärfste gegen das skandalöse Vorgehen der Franzosen bei der Zerstörung der deutschen Flugzeug- und Luftschiffhallen im besetzten Gebiet. Sie betonten, es handele sich hier um den Haß einer wildgewordenen Militärbürokratie, die es nicht ertragen könne, daß das besetzte Gebiet jetzt frei werde.

Ebenso bedauerte auch Reichsminister Treviranus das Vorgehen des französischen Oberkommandos. Alsdann gab er

die offiziellen Räumungstermine

bekannt.

Danach sind geräumt bis zum 31. Mai Zweibrücken, Germersheim, Speyer, Ludwigshafen, Worms und Bingen; bis zum 17. Juni Kaiserslautern; bis zum 26. Juni Trier, Landau, Neustadt; bis zum 28. Juni Kehl, bis zum 30. Juni Mainz und Wiesbaden. Das Gros der Truppen wird bis zum 21. Juni von Mainz und Wiesbaden abgezogen sein. Die Zivilpersonen der Besatzung haben in der Zeit vom 25. Mai bis zum 10. Juni das besetzte Gebiet zu verlassen.

Vollständig geräumt — und zwar in aller Stille — sind bereits der Karlsruhe gegenüber gelegenen Brückenkopf Maxau und der pfälzische Ort Maximiliansau. Nach der Niederholung der Trikolore wurde sofort die deutsche Flagge gehißt.

Neu in den Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete eingestellt wurde ein Betrag von einer Million Mark, der dazu verwendet werden soll, Kindern von Kriegsopfern und Erwerbslosen einen Ferienaufenthalt im Rheinland zu ermöglichen.

Die Verabschiedung des Ostprogramms.

Auf jeden Fall vor der Sommerpause des Reichstags.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer Ostpreußen sandte folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten: „Der Vorstand der Landwirtschaftskammer erfährt mit großer Sorge, daß der Reichstag vor Erledigung des Ostprogramms in die Pfingstferien gehen will. Er bittet Euer Exzellenz gehorsamst, sich dafür einsetzen zu wollen, daß das Ostprogramm vorher verabschiedet wird."

Wie dazu aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist die in Ostpreußen entstandene Beunruhigung unbegründet, da der Reichstag das Osthilfegesetz auf jeden Fall noch vor den Sommerferien verabschieden wird. Eine Verabschiedung noch vor Pfingsten sei schon technisch vollkommen unmöglich. Das Plenum des Reichsrats wird das Gesetz nämlich erst nach den Pfingstferien, wahrscheinlich am 20. Juni verabschieden. Dann erst kann sich der Reichstag mit der Vorlage beschäftigen. Die Verabschiedung im Reichstag wird voraussichtlich nach Erledigung des Haushalts für 1930 in den ersten Julitagen erfolgen.

Der Haushalt der Reichspost.

Zweite Lesung im Reichstag. — Abstimmungen zurückgestellt.

— Berlin, den 24. Mai 1930.

Der Reichstag behandelte heute den Haushaltsplan der Reichspost in zweiter Lesung. Verbunden damit war ein Gesetzentwurf über die Weltpostvereinsverträge und eine Vorlage, wonach der Reichstag ein weiteres Mitglied in den Verwaltungsrat der Post zu entsenden hat. In kurzer Debatte führte der Reichstag die zweite Lesung des Postetats zu Ende, bis auf die Abstimmungen, die zurückgestellt wurden.

Als erster nahm

Reichspostminister Dr. Schätzel

das Wort. Der Minister führte aus, das Jahr 1929 sei für die Post ein Jahr der Konsolidierung gewesen. Die Reformen im Betrieb und Verwaltung der Reichspost würden weitergeführt. Der äußere Dienst solle zusammengefaßt werden mit dem Ziel, möglichst ein zentrales Amt in jedem größeren Ort zu schaffen, dem die übrigen als Zweigstellen angegliedert sind. Für die Telegraphie werde demnächst ein Einheitsapparat eingeführt. Bei der Vergebung von Aufträgen werde das Handwerk nach Möglichkeit berücksichtigt. Als erster Staat in Europa hätten wir Luftpostlinien eingeführt, die im Westen bis Sevilla, im Osten bis Konstantinopel gehen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer sei im Jahre 1929 auf 3,2 Millionen angewachsen. Auf dem Gebiete des Fernsehens werde man bald zu einer praktischen Lösung kommen. Im übrigen wiederholte der Minister im wesentlichen die Angaben, die er schon im Haushaltsausschuß gemacht hatte und stellte fest, daß die Deutsche Reichspost in der Welt wieder ein großes Ansehen genieße.

Abg. **Mentzel** (Dntl.) sprach unter Hinweis auf den wachsenden Fehlbetrag im neuen Haushaltsplan die Hoffnung aus, daß uns eine Erhöhung der Postgebühren erspart bleiben möge. Abg. **Schuldt-Steglitz** (Dem.) trug Beamtenwünsche vor und setzte sich für eine stärkere Ausstattung der Schulen mit Rundfunkgeräten ein. Abg. **Seppel** (Soz.) verlangte Berücksichtigung der schlesischen Industrie bei der Vergebung von Aufträgen. Abg. **Groß** (Ztr.) begrüßte die Ausdehnung des Postkraftwagenverkehrs. Abg. **Torgler** (Komm.) kritisierte die Rationalisierung. Abg. **Morath** (D. Vp.) bedauerte die Drosselung des Beschaffungswesens und des Fernsprechwesens. Abg. **Mollath** (Wirtschp.) erklärte, es sei unverständlich, wie die Gehälter der leitenden Rundfunkdirektoren über das des Reichskanzlers hinausgehen könnten.

Zum Schluß der Sitzung beantwortete Minister Dr. Schätzel Anfragen und erklärte, der deutsche Osten werde reichlich mit Aufträgen bedacht. Im Postpaketverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reiche seien die Gebühren verbilligt worden. Mit Ausführungen des Abg. **Stöhr** (Natsoz.) fand dann die Debatte ihren Abschluß. Das Haus vertagte sich auf Montag.

Die Pflichten des Soldaten.

Ein Erlaß des Reichspräsidenten. — „Treue ist die vornehmste Pflicht des Soldaten."

Reichspräsident von Hindenburg hat eine neue Fassung der im Jahre 1922 veröffentlichten „Berufspflichten des deutschen Soldaten" verfügt und die bisher 15 Artikel dieses Erlasses in 10 zusammengefaßt. Die wichtigsten Bestimmungen lauten:

Die Reichswehr ist das Machtmittel der gesetzmäßigen Reichsgewalt. Sie schützt die Grenzen des Deutschen Reiches und seinen Bestand nach außen und nach innen.

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Ihrer Verfassung schwört der Soldat die Treue. Die unverbrüchliche Wahrung der dem Vaterland gelobten Treue ist die vornehmste Pflicht des Soldaten.

Die Reichswehr dient dem Staat, nicht den Parteien. Politische Betätigung ist dem Soldaten verboten.

Die Treue gebietet dem Soldaten, im Krieg und im Frieden mit allen seinen Kräften bis zur Opferung des Lebens seine Pflicht zu tun und jede Gefahr von seinem Vaterland abzuwenden. Wer es unternimmt, die Verfassung des Reiches oder der Länder gewaltsam zu ändern, begeht Hochverrat. Wer sein Vaterland oder dessen Geheimnisse verrät, begeht Landesverrat.

Das höchste Gut des Soldaten ist die Ehre. Sie ist nicht denkbar ohne Achtung vor der Ehre anderer. Soldatentreue umschließt die Kameradschaft. Verfehlungen des einzelnen schaden dem Ansehen der Gemeinschaft.

Der Beruf des Soldaten fordert Mut und Tapferkeit. Feigheit ist für den Soldaten besonders schimpflich.

Trostlos.

Nur geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage im Reich für die Zeit vom 1. bis 15. Mai hat die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes anscheinend noch keine raschere Bewegung angenommen. Zwar ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um über 130 000 zurück, während der Rückgang im vorigen Berichtsabschnitt nur rund 100 000 betragen hatte.

Doch ist die Zahl der Krisenunterstützten weiter gestiegen, und die Zahl der Arbeitsuchenden hat weniger abgenommen als in der zweiten April-Hälfte.

Die Entlastung ist fast ausschließlich auf die Nachfrage in den Außen- und Saisonberufen zurückzuführen, während die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen im ganzen ein unverkennbares Bild anhaltender Depression gewähren.

In der Landwirtschaft sind in verschiedenen Bezirken die Bestellungsarbeiten des Frühjahres bereits beendet, ohne daß sie in dem sonst gewohnten Maße zur Nachfrage nach Arbeitskräften geführt hätten.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung belief sich am 15. Mai auf rund 1 650 000, in der Krisenunterstützung — nach weiterer Steigerung — auf rund 323 000. Da-

mit ist die Ueberlagerung in der Inanspruchnahme der beiden Unterstützungseinrichtungen gegenüber dem Vorjahre, die Ende April etwa drei Viertel Millionen ausmachte, auf rund 826 000 Hauptunterstützungsempfänger angewachsen.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat in der Berichtszeit nur um rund 87 000 abgenommen und betrug Mitte Mai etwa 2 753 000. Die diesjährige Ziffer liegt um etwa 1,2 Millionen höher als im Vorjahr.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. Mai 1930.

— Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Blenkle wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Aufforderung zum Ungehorsam zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

— Bei einer Veranstaltung der Volkskonservativen Vereinigung in Berlin, in der Minister Treviranus sprach, kam es zu Schlägereien mit Nationalsozialisten.

•

:: **Die Deutsche Kolonialgesellschaft**, der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft und der Kolonialkriegerdank veranstalten ihre diesjährige Tagung in der Zeit vom 12. bis 15. Juni in Aachen.

Ein Brief aus Berlin in französischer Sprache an den Oberbürgermeister einer deutschen Stadt.

— **Trier**, 22. Mai. Die geographische Lage der Stadt Trier, der ältesten Stadt Deutschlands, hat schon manchem wohl einiges Kopfzerbrechen gemacht, daß aber eine Berliner Firma ein Schreiben an die Trierer Stadtverwaltung in französischer Sprache abfaßt und sich in diesem Schreiben an „Monsieur le maire à Trèves (Luxemburg)" wendet, dürfte wohl der Höhepunkt politischer Verständnislosigkeit und schwacher Geographieleistungen in der Schule sein (Anm.: Trèves ist der französische Name für Trier). Tatsächlich hat ein Wäscheversandhaus aus Berlin einen solchen Brief an das Oberhaupt der Stadtverwaltung von Trier gerichtet, in dem es eine Auskunft über einen in Trier wohnhaften Bewerber erbittet. Es ist höchst bedauerlich, so bemerkt der Oberbürgermeister in einem Schreiben an die Trierer Zeitungen, daß Leute in der Reichshauptstadt noch immer nicht über die politische Zugehörigkeit der Stadt Trier zum Deutschen Reiche hinreichend unterrichtet sind, zumal die Versteigerung der Trierer Zeppelinhalle durch die französische Besatzung gerade in den letzten Tagen in der gesamten deutschen Presse erörtert wird. (Koblenzer General-Anzeiger.)

Rundschau im Auslande.

: In dem Befinden des 80jährigen früheren Erzbischofs von Canterbury, Lord Davidsons, ist eine ernste Verschlimmerung eingetreten.

: Präsident Hoover drohte dem amerikanischen Kongreß mit der Einberufung einer Sonderkonferenz, wenn der Londoner Flottenvertrag nicht in der laufenden Tagung verabschiedet wird.

: Die chinesische Zentralregierung meldet einen Sieg; nach 18stündiger Schlacht sollen die Nordtruppen vernichtend geschlagen worden sein; es wurden 20 000 Gefangene gemacht.

•

Schumy verläßt die Heimwehr.

: **Der** österreichische Vizekanzler Schumy, der dem Landbund angehört, hat seinen Austritt aus der Heimwehr-Organisation erklärt. Vizekanzler Schumy war vor einiger Zeit von den Heimwehrführern ausgeschlossen worden, doch wurde dieser Beschluß später rückgängig gemacht.

Letzte Meldungen.

Tagung der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft.

— **Dresden**, 26. Mai. In Dresden wurde die diesjährige Tagung der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft eröffnet. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende der Gesellschaft, Reichsminister a. D. Külz. Den Gruß der Reichsregierung überbrachte Reichswehrminister Groener. Im Anschluß an die Begrüßungsansprachen behandelte Universitätsprofessor Dr. Wiedenfeld das Thema „Kapital und Persönlichkeit im modernen Wirtschaftsleben."

Landwirtschaftspräsident Freiherr von Ledebur gestorben.

— **Lübbecke** (Westfalen), 26. Mai. Auf Haus Crollage starb der Präsident der westfälischen Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Freiherr von Ledebur, 71 Jahre alt. Mit ihm verliert die westfälische Landwirtschaft einen Führer, dessen ganze Lebensarbeit der Landwirtschaft gegolten hat.

Dr. von Fumetti aus der Volksrechtspartei ausgetreten.

— **Dresden**, 26. Mai. Der bisherige sächsische Landtagsabgeordnete Justizminister a. D. Dr. von Fumetti hat in einem Rundschreiben an den Vorsitzenden der Volksrechtspartei seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Parker Gilbert Großoffizier der Ehrenlegion.

— **Paris**, 26. Mai. Der französische Finanzminister hat dem früheren Generalagenten für die Reparationszahlungen Parker Gilbert im Auftrage der Regierung die Insignien des Großoffiziers der Ehrenlegion überreicht.

Hochverratsverfahren gegen Woldemaras.

— **Kowno**, 26. Mai. Gegen den früheren litauischen Diktator und Ministerpräsidenten Woldemaras wurde ein Hochverratsverfahren eingeleitet.

Grundsteuer-Notverordnung.

Der Ständige Ausschuß des Preußischen Landtags hat die Inkraftsetzung der infolge Beschlußunfähigkeit des Landtags gescheiterten Vorlage über die Verdoppelung der Grundsteuer im Wege der Notverordnung gutgeheißen. Für die Notverordnung stimmten die Regierungsparteien, die über 16 Stimmen verfügten, dagegen die Opposition mit 18 Stimmen. Im Zusammenhang mit der Verdoppelung der Grundsteuer wird sich die Miete in Preußen um etwa 4 Prozent erhöhen.

„Graf Zeppelin" in Rio.

Begrüßt vom Staatspräsidenten. — Nach einstündigem Aufenthalt Rückfahrt nach Pernambuco.

Im weiteren Verlauf seines Rundflugs über Brasilien erreichte der „Graf Zeppelin" über Bahia, Caravellas und Victoria am Sonntag die Hauptstadt Brasiliens, Rio de Janeiro. Viele Stunden vorher hatten sich schon riesige Menschenmassen auf dem Flugplatz eingefunden, die nun das Luftschiff stürmisch begrüßten. Nach einer Kreuzfahrt über Rio nahm der „Graf Zeppelin" ohne zu landen Kurs auf Sao Paulo im Süden.

Einige Stunden später erschien der „Graf Zeppelin" dann abermals über Rio de Janeiro, von den Strahlen der Morgensonne überflutet. Als dann Vorbereitungen zur Landung getroffen wurden, kannte der Jubel der Menschenmassen keine Grenze. Alles war begeistert! Die Landung selbst ging — wie immer — glatt und sicher vonstatten. Zur Begrüßung des Luftschiffes hatten sich der brasilianische Staatspräsident und der deutsche Gesandte, umgeben von einem Stab höherer Offiziere und den Spitzen der Behörden, auf dem Flugplatz eingefunden. 11.20 Uhr MEZ. fielen die Landetaue.

Nach etwas mehr als einstündigem Aufenthalt trat der „Graf Zeppelin" die Rückfahrt nach Pernambuco an. Wieder waren die Dächer und die Straßen schwarz von Menschen. Tausende und aber Tausende winkten dem Zeppelin ihre Abschiedsgrüße zu.

•

Die Fahrtgeschwindigkeit während des Rundflugs über Brasilien war vielfach sehr gering und betrug zeitweise noch nicht einmal 50 Kilometer in der Stunde. Das ist damit zu erklären, daß einmal starke Gegenwinde wirksam waren, zum andern hatte Dr. Eckener selbst verlangsamte Fahrt angeordnet.

Tropenluftschiffahrt möglich.

Unterredung mit Dr. Eckener. — Lob Washingtons.

Ueber die Bedeutung der Südamerika-Fahrt äußerte sich Dr. Eckener einem Journalisten gegenüber dahin:

Es ist oft gesagt worden, daß Luftschiffe wegen der starken Regenfälle und der außerordentlich großen Temperaturunterschiede das Ueberfliegen tropischer Gebiete nicht wagen können. Ich war niemals dieser Ansicht. Aber meine Auffassung war nur auf Theorie aufgebaut, jetzt habe ich auch praktische Erfahrungen gesammelt, und das Ergebnis ist: **die Schwierigkeiten in den tropischen Zonen können durch Luftschiffe mit Leichtigkeit überwunden werden.**

Was die Möglichkeit einer regelmäßigen Luftschiffverbindung Deutschland—Brasilien betrifft, bin ich hier hoffnungsvoll. Selbst bei ungünstigem Wetter ist ein 3½tägiger Dienst möglich. Der Zweck des jetzigen Unternehmens ist auch, den Wert eines kombinierten Flugzeug- und Luftschiffdienstes zwischen Europa und Südamerika zu beweisen. Die restlose Verwendung des Zeppelin-Luftschiffes auf der ganzen Strecke würde allerdings wegen der damit verbundenen hohen Kosten unwirtschaftlich sein. Infolgedessen würden die Fahrgäste von Berlin bis Sevilla in Flugzeugen befördert werden, um dann dort an Bord des Zeppelin zu gehen. Für den letzten Teil der Strecke von Pernambuco nach Rio und Buenos-Aires könnten Wasserflugzeuge verwendet werden.

Ueberaus lobend über den Zeppelinflug nach Südamerika äußerte sich der stellvertretende Staatssekretär im Marineministerium der Vereinigten Staaten, Ingalls. Er erklärte, der neue Zeppelinflug rechtfertige den Glauben an eine erfolgreiche Zukunft des Luftschiffdienstes.

Verschiedenes.

Der **Verband Deutscher Evangelischer Lehrer- und Lehrerinnenvereine** veranstaltet vom 9. bis 12. Juni 1930 seine neunte Vertreterversammlung in Eisenach. Die Verhandlungen erstrecken sich vor allem auf die Förderung der evangelischen Pädagogik und im besonderen auf die Ueberwindung der gegenwärtigen Krisis des Religionsunterrichts. Die in den letzten Jahren erschienenen Werke von Heckel und Bohne haben die Frage einer Reform des Religionsunterrichts so bedeutsam gefördert, daß die evangelische Lehrerschaft diesen Bestrebungen die größte Aufmerksamkeit widmen muß.

Die Versammlungen finden im Gewerbehaus statt. In der ersten öffentlichen Versammlung am Dienstag, den 10. Juni, spricht Universitätprofessor Lic. Dr Werdermann-Hannover über „Die Krisis des Religionsunterrichts und Ansätze zu ihrer Ueberwindung", in der zweiten öffentlichen Versammlung am Mittwoch, den 11. Juni, Dr. Pixberg-Essen über „Industriepädagogik". An beide Vorträge schließt sich eine eingehende Aussprache an. In Verbindung mit der Tagung findet ebenfalls am Mittwoch eine Sitzung der Lehrerinnenabteilung statt, bei der Lehrerin Grete Langendorf-Köln einen Vortrag halten wird über „Die Gestaltung vertiefter Mädchenbildung auf evangelischer Grundlage". — Die Tagung findet ihren Abschluß durch eine Besichtigung der Wartburg und einen Spaziergang nach der Hohen Sonne und durch das Annatal.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Wenn Sie verreisen

und den »Aufwärts« während dieser Zeit nicht vermissen möchten, so wenden Sie sich bitte an **Ihr** Postamt oder an **Ihren** Briefboten. Die Umleitung der Zeitung kann nur durch **Ihre** Postanstalt gegen Entrichtung einer Gebühr von 50 Pfennig geschehen.

Geschäftsstelle des »Aufwärts«

Kein Arzt, keine Heilung war für mich bis Jesus sprach: „Ich heile Dich."

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief in Frieden unsere liebe Tochter, Schwester, meine liebe Braut, Schwägerin und Tante

Martha Eikelmann

im blühenden Alter von fast 22 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Heinrich Eikelmann u. Frau
Emma, geb. Dopheide
Hermann Schlingmann u. Frau
geb. Eikelmann
Willy Eikelmann u. Paula Voß
Friedel Eikelmann
Hanne Eikelmann u. Karl Kordbarlag
Grete Eikelmann
Erich, Hilde u. Heinz Eikelmann
Adolf Ruschenpöhler als Bräutigam

Eckardtsheim, den 23. Mai 1930.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 27. Mai, nachmittags 3¼ Uhr vom elterlichen Hause aus statt.

Nun ruhe sanft, Du gutes Herz,
Du hast den Frieden, wir den Schmerz.

Gebild. ältere **Wirtschafterin**, perfekt kochend, auch Großbetrieb, sucht selbständige
Stellung
eventl. vorerst aushilfsweise. Off. an die Geschäftsstelle d. Blattes unter A 6630.

Zum 1. Juni älteres, tüchtiges
Mädchen
gesucht, das selbständig arbeiten kann. **Frau Superintendent Thimme, Trupe-Lilienthal bei Bremen.**

Bad Nauheim
Fremdenheim Draudt.
Nahe den Bädern, Trinkquellen und dem Park.
Besitzerin **Frl. Draudt.**

Billige Hauswäsche
Zum Verkauf kommen ca. 3000 Stck. neue weiße Mehlsack-Stoffflächen 0.55 qm, 70 cm breit. Stck nur **27 Pfg.** 0.59 qm, 78 cm breit nur **34 Pfg.** weil ungebleicht und ungenäht geliefert. Diese sind unzerschnitten u. ohne Aufdruck u. eignen sich vorzüglich für Leib- und Hauswäsche, Laken, Vorhänge usw. Versand direkt an Private nicht unter 1—2 Dtzd. 60—100 Stck. post-bahnfrei unt. Nachn. Ia Qualität. Garantie-Rücknahme. — Wilh. Harries, Bremen R. 15, Hemmstr. 156.

Suche zum baldigen Eintritt ein sauberes, zuverlässiges
Hausmädchen
Gute Behandlg. wird zugesichert.
Frau H. Brocke, Halver i. W. Frankfurterstr. 39.

Südamerik. Maté
Paraguaytee
Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.
Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen, Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise auch in **Ophir** erhältlich.

Zum Beginn des Konfirmandenunterrichts
„Was sind wir unserem Konfirmandenkind schuldig?"
2-farbiges Flugblatt

10	50	100	500	Stck.
0.15	0,65	1,20	5,80	RM

und Porto.
Evangelisch-Sozialer Preßverband für die Prov. Sachsen, Halle (Saale)

Sommerfrischler und Touristen
die das **Wesergebirge** besuchen finden saub. behagl. Zimmer mit Frühstück zu Mittelstds.-preisen (nach Wahl d. Zimmer).
Rinteln a. d. W., Ostertorstr. 25

Stellengesuche u. Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Nur für
Rundfunkhörer
die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift
Der Deutsche Rundfunk
Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Anzeigen aus Bethel.

— **Trockenes Anmacheholz** hat abzugeben **Morija.**

Bethel.

— **Postamt Bethel. Die Militärrenten werden am 28. und die Invaliden- und Unfallrenten am 31. Mai gezahlt.**